Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an den Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Inter[illegible] Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaft [illegible] und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene [illegible] Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile an[illegible] dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr [illegible] der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich [illegible] an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung d[illegible] Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 7. Januar 1928 — Nummer 6

KUNDGEBUNG
22. Januar, 10 Uhr
Zirkus-Sarrasani

Kampf an der Ruhr

Die Arbeiter der Stahlindustrie verlassen nach acht Stunden den Betrieb

Verschärfung im Hüttenarbeiterkampf

Wie von uns bereits gestern berichtet wurde, hat das Arbeitsgericht Bochum die gegen den Bochumer Verein und die Deutschen Stahlwerke von den Gewerkschaften erwirkte einstweilige Verfügung, nach der die genannten Werke gehalten sein sollten, den Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe bezüglich der Arbeitszeit für gewisse Arten von Walzwerken im Sinne der Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen, aufgehoben. Diese Entscheidung, die unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Erbitterung auslöste, veranlaßte die Gewerkschaften, einen Aufruf an die Belegschaften zu erlassen, nach 10 Stunden Arbeit sowohl der Tagschicht wie auch der Nachtschicht den Betrieb zu verlassen. Die Tagschicht hat 16 Uhr, also nach 10 Stunden, den Betrieb verlassen. Bei der Nachtschicht dürfte das gleiche zutreffen. Mit diesem Aufruf wollten die Gewerkschaftsführer einem Beschluß der Belegschaft zuvorkommen, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen. Inzwischen verbreitert sich die Kampffront der Bochumer Metallarbeiter immer mehr. Sämtliche Walzwerkarbeiter der Eisen- und Hüttenwerke-A.-G. Bochum haben gestern

nach 8stündiger Schicht den Betrieb verlassen.

Daraufhin entschloß sich die Direktion zu sofortigen Verhandlungen mit dem Betriebsrat, natürlich nicht über die Durchführung des reinen 8-Stundentages, sondern über die Durchführung der im Schiedsspruch festgesetzten Arbeitszeit. Das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nicht bekannt.

*

Kampfbeschluß um den Achtstundentag

Essen, 7. Januar (Eigene Drahtmeldung).

Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung des Arbeitsgerichts Bochum gegen den Bochumer Verein und die Stahlindustrie durch das Amtsgericht Bochum hat unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung ausgelöst. Eine vorgestern zusammenberufene Funktionärkonferenz der Stahlindustrie beschloß, der Belegschaftsversammlung vorzuschlagen, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen. Die gestrige Belegschaftsversammlung, die außerordentlich gut besucht war und in der eine sehr starke und bewußte Kampfstimmung herrschte, nahm einmütig den Vorschlag der Funktionäre an. Die heutige Nachtschicht wird bereits nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. Unter dem Bochumer Kampfeswillen der Massen sah sich die DMV-Führung gezwungen, die gefaßten Beschlüsse anzuerkennen. Die KPD fordert in Flugblättern alle Metallarbeiter in Bochum auf, dem Beispiel der Belegschaft der Stahlindustrie Folge zu leisten und mit ihr gemeinsam den rücksichtslosesten Kampf für den Achtstundentag und selbstverständlichen Lohnausgleich und die notwendige Lohnerhöhung durchzuführen.

*

Reformistisches Kompromiß in den Kruppwerken

Essen, 7. Januar (Eigene Drahtmeldung).

Die Kruppdirektion, die nicht einmal bereit war, die Arbeitszeitbestimmungen des gefällten Schandschiedsspruchs durchzuführen, verhandelte auf Grund der ständig wachsenden Erregung der Belegschaften und im Hinblick auf die aus Bochum vorliegenden Meldungen über den Kampf der Metallarbeiter mit dem Betriebsrat der Kruppwerke und soll sich nunmehr bereit erklärt haben, die im Schiedsspruch vorgesehene Arbeitszeit durchzuführen. Die christlichen und freien Gewerkschaftsführer gaben sich damit zufrieden und zogen sofort sämtliche angekündigten Kampfesmaßnahmen und die beim Arbeitsgericht Essen eingereichten Klagen gegen die Kruppdirektion zurück. Die Funktionäre der Kruppschen Metallarbeiter waren der Meinung, daß der Kampf nicht um die Durchführung des unternehmerfreundlichen Schiedsspruches, sondern vielmehr um die Erzwingung des reinen Achtstundentages sowie um Lohnausgleich und Lohnerhöhung, wie sie ursprünglich gefordert wurde, geführt werden muß. Es scheint, daß es den reformistischen Niederlagenstrategen im Bunde mit den christlichen Verrätern gelungen ist, diesen Kampf abzuwürgen.

Keine Sonntagsschichten in Riesa

Riesa, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Der DMV ist infolge des Anwachsens der Bewegung und der Kampfentschlossenheit der Belegschaften gezwungen, nunmehr stärkere Initiative zu entfalten. Am Donnerstag abend fand eine Belegschaftsversammlung des Martinswerkes Riesa statt. Diese Belegschaftsversammlung war vom DMV einberufen. Einstimmig wurde in der von guter Kampfstimmung erfüllten Versammlung der Beschluß gefaßt,

Sonntagsschichten laut Schiedsspruch nicht zu verfahren.

Die Belegschaftsversammlung hat beschlossen, am Sonntag nicht zu verfahren. Die erste Schicht beginnt am Montag.

Am Freitag vormittag fand die Belegschaftsversammlung der zweiten Schicht statt. In dieser Versammlung wurde derselbe Beschluß gefaßt, wie in der Versammlung der ersten Schicht.

Die Arbeiter des Martinswerkes Riesa sind bisher von der Aussperrung nicht betroffen worden. Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlungen bedeuten, daß von der Arbeiterschaft der Kampf um den Achtstundentag mit aller Energie aufgenommen und die Aussperrung der Direktion mit Streik beantwortet wird. Das Beispiel des Martinswerkes Riesa muß nunmehr auch von den Werken in Döhlen und Pirna aufgegriffen werden.

Weitere Arbeitsniederlegung

In den Reparaturwerkstätten des Lauchhammerwerkes Riesa ist bisher noch ein Teil der Belegschaft an der Arbeit gewesen. Auch dieser Teil hat sich jetzt zur Arbeitsniederlegung entschlossen. Die Nachtschicht der Reparaturwerkstätten hat beschlossen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen.

*

Trotzdem die Arbeiter in den Lauchhammerwerken geschlossen im Kampfe verharren und die Front verbreitern, unternimmt die DMV-Leitung nichts, die Arbeiter der Stahlwerke in Freital und Pirna in die Kampffront einzubeziehen. Der sächsische ADGB bleibt bei diesem für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft wichtigen Kampfe der untätige Zuschauer. Angesichts der Tatsache, daß sich an seiner Spitze führende ASP-Leute befinden, die mit dem Arbeitsminister der sächsischen Bürgerblockregierung, Elsner, Hand in Hand arbeiten, ist das nicht weiter verwunderlich. Hier zeigt sich wieder einmal, welche verderblichen Folgen der Einfluß der Sozialfaschisten in den freien Gewerkschaften zeitigt. Auch die sozialdemokratische Presse nimmt zu diesem wichtigen Kampfe überhaupt keine Stellung. Die Dresdner Volkszeitung hat gestern dafür nur etwa 20 Zeilen übrig und bringt ohne jeden Kommentar die Meldung, daß die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium gescheitert sind und die Vertreter der Hüttenarbeiter gefordert haben, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären, sondern den Parteien die Regelung der Arbeitszeit selbst zu überlassen. Damit begnügen sich diese reformistischen Niederlagenstrategen. Sie lassen die kämpfenden Hüttenarbeiter in Riesa und im Ruhrgebiet im Stich. Gerade jetzt, da die Arbeiter im Ruhrgebiet nach 8 Stunden den Betrieb verlassen, ist es die Aufgabe der sächsischen Hüttenarbeiter, den kämpfenden Arbeitern im Ruhrgebiet Solidarität zu erweisen, wenn nicht mit, dann gegen den Willen der Reformisten. Der Kampf muß auf der ganzen Front geführt werden. Bleiben die Arbeiter in Bochum und im Lauchhammerwerk bei ihrem Kampfe isoliert, werden die Hüttenbarone die Sieger sein. Das muß verhindert werden. **Die Belegschaften der Gußstahlhütte in Freital und im Stahlwerk Pirna müssen sofort zusammentreten und praktische Solidarität ihren kämpfenden Brüdern erweisen. Heraus aus dem Betrieb nach 8 Stunden! Das muß die Parole sein.**

Erzwingt geschlossene Maikundgebungen!

Gegen den Maibeschluß der SPD

Von Erich Melcher

Der 1. Mai ist der Kampftag des internationalen Proletariats. Opfer über Opfer zahlten die Arbeiter aller Länder, um den Beschluß des Internationalen Kongresses in Paris 1889 zu verwirklichen, der alle Arbeiter verpflichtete, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zum Kampftag zu machen. Maßregelungen und Aussperrungen, aus denen sich wochenlange, zäh geführte Wirtschaftskämpfe entwickelten, waren Jahrzehnte hindurch in Deutschland die Maßnahmen aller Scharfmacher, nur weil die Arbeiter es wagten, am 1. Mai als Zeichen der Solidarität und des Kampfes gegen die Bourgeoisie die Arbeit ruhen zu lassen. Hören wir heute die Veteranen der Arbeiterbewegung über diese Kämpfe sprechen, dann sehen wir leuchtende Augen bei den stolz erzählenden Alten: Trotz der uns gewordenen Wunden hat es unsere Geschlossenheit vollbracht, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu ertrotzen!

Die Arbeiter, unter roten Fahnen in mächtigen Demonstrationen am 1. Mai zusammengefaßt, fühlten ihre Kraft, sie sehen den Riesen Proletariat unüberwindlich die Glieder nach aufwärts recken. Stärker als an anderen Tagen im Jahr erkennen die Arbeiter am 1. Mai, daß nur ein Schritt not tut: **Die kämpfende Einheitsfront der ganzen Klasse zu erhalten und auszubauen, um den Reiter Bürgerblock vom Rücken des Proletariats abzuwerfen, auf den die Verfechter der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik den Sattel schnallten.**

Laut war das Rufen nach dem gemeinsamen Kampfesmai im vergangenen Jahre in Dresden und ganz Ostsachsen. Die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und Sportorganisationen, gleichermaßen von der Bürgerblockpolitik und der kapitalistischen Rationalisierung bedrückt wie ihre kommunistischen Kollegen, wünschten die geschlossene Front am 1. Mai. „Es ist allerdings sehr bedauerlich, daß die gesamte proletarische Bewegung keine geschlossene Maifeier zustande bringt. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die Zeit nicht mehr allzu weit von uns liegt, wo die Einheitsfront gebildet werden kann." — schrieb der SPD-Genosse Otto Schelle im Auftrage des ARB Solidarität am 4.4.27 an die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Groß-Dresden, drückte in einer Resolution, die der SPD und KPD zugestellt wurde, den Willen zum geschlossenen Maiaufmarsch 1927 wie folgt aus:

„Die Delegierten des Bezirkstages aller Sparten fordern von den beiden politischen Arbeiterparteien eine gemeinsame Maifeier unter Zusammenfassung aller Werktätigen."

Vom Kartell für Sport- und Körperpflege Dresden, von unzähligen Sportvereinen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen wurden gleichlautende Beschlüsse gefaßt, um am 1. Mai in geschlossener Front der reaktionären Politik des Bürgerblocks Halt zu gebieten.

Erinnern wir uns, warum dennoch in Dresden und anderorts hier kommunistische, dort sozialdemokratische Arbeiter in getrennten Kolonnen marschieren mußten, obwohl der ganzen Klasse nur ein auf das beste organisierter Feind gegenübersteht! Die sozialdemokratischen Führer in Ostsachsen, insbesondere in Dresden, wollten und wollen den geschlossenen Maiaufmarsch nicht. Sie befürchten, daß aus der gemeinsamen Maifeier eine dauernde Kampfverbindung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter erwachsen möchte. Allein um diese Gefahr zu bannen, die durch gemeinsame Kundgebungen den politischen Positionen der sozialdemokratischen Führer droht, versteckten sie sich hinter Formalitäten, begründeten sie 1927 die Ablehnung des gemeinsamen Maiaufmarsches mit den „in früheren Jahren in Dresden, im vorigen Jahre in anderen Orten gemachten Erfahrungen".

Wir wissen: Gegen diese Haltung ihrer Führung nahmen sozialdemokratische Arbeiter in Parteizusammenkünften und in Veranstaltungen überparteilicher Organisationen auf das schärfste Stellung. **Arbeitersportler waren es, die einstimmige Beschlüsse faßten, 1928 einen gemeinsamen Maiaufmarsch zu erzwingen.** Im Falle der Ablehnung einer gemeinsamen Maikundgebung 1928 durch die eine oder andere Partei soll mit jenen Organisationen die Maiveranstaltung gemeinsam durchgeführt werden, die auf dem Boden gemeinsamer Maikundgebungen stehen. Das war der Sinn jener Beschlüsse, die 1927 gefaßt wurden in Konferenzen, die in ihrer Mehrheit aus SPD-Sportlern zusammengesetzt waren.

Wie ist trotz dieser Beschlüsse die Haltung der SPD-Führer zu erklären, 1928 keine gemeinsamen Maidemonstrationen zuzulassen? Das Bündnis der sozialdemokratischen Führer, gleichgültig ob sie sich „links" nennen oder von ihren Genossen als rechte gescholten werden, ist im laufenden Jahre enger an die